

SPD-Kreisverband Stormarn

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Antrag an den a.o. Kreisparteitag am 27. April 2024

Schulleiterwahlausschuss muss bleiben!

Antrag:

Die SPD- Stormarn fordert Bildungsministerin Prien (CDU) auf, den Gesetzentwurf für eine Änderung der Struktur des Schulleiterwahlausschusses sofort zurückzunehmen.

Begründung:

Im Entwurf eines neuen Schulgesetzes plant Ministerin Prien (CDU), dass die Einsetzung einer Schulleiterin, eines Schulleiters nur noch durch das Ministerium vorgenommen wird, vor Ort dürfen nur „Stellungnahmen“ zu den Bewerber*innen abgegeben werden.

In den Schulleiterwahlausschüssen wirken die Schulträger, also die Gemeinden, die Lehrkräfte, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler gemeinsam an der Schulgestaltung mit, sie leben Mitbestimmung und übernehmen Verantwortung für die jeweilige Schule. Sie können sich durch die Teilhabe an der Entscheidung über die neue Spitze der Schulleitung in stärkeren Maße mit ihrer Schule identifizieren – diese demokratische Struktur hat sich bewährt. Die Wahl einer Schulleiterin, eines Schulleiters ist auch eine Mitentscheidung über die Wahrnehmung der Schule in der Gemeinde, da ist es denkbar schlecht, der jeweiligen Schule und dem Schulträger jemanden „vor die Nase zu setzen“ - das ist das Gegenteil von Vertrauensaufbau.

Die SPD unterstützt die Kritik der Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände, die ebenso massiv ihr Unverständnis und ihre Ablehnung zum Ausdruck gebracht haben.

Gerade in der heutigen Zeit erkennen auch junge Menschen immer mehr, wie essenziell und prägend Demokratie sein kann. Das Aufgeben eines fundamentalen demokratischen Mitbestimmungsrechts in Schulen ist widersprüchlich und kontraproduktiv.

Ortsverein Rethwisch I

Heiko Winckel-Rienhoff - Ortsvereinsvorsitzender

Antrag an den a.o. Kreisparteitag am 27. April 2024

Kindergrundsicherung muss jetzt kommen!

Antrag:

Die SPD- Stormarn fordert von der Bundesregierung, endlich die Einführung der Kindergrundsicherung zügig und finanziell abgesichert umzusetzen.

Die schleswig-holsteinischen SPD- Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich in der Bundestagsfraktion entschieden gegen jedwede Blockade oder Verschiebung der Kindergrundsicherung durch die FDP zur Wehr zu setzen.

Begründung:

Die Kindergrundsicherung ist eine der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen des SPD-Wahlprogramms, sie ist das Versprechen der SPD, die Kinderarmut in Deutschland zu beseitigen. Es kann nicht hingenommen werden, dass die FDP in dieser wie in etlichen anderen Forderungen des Koalitionsvertrages damit durchkommt, dass sie die Rolle eines Koalitionspartners spielt, der durch ständige destruktive Blockade und Verhinderung die gesamte Koalition immer wieder in Krisen treibt.

Gerade bei der Kindergrundsicherung muss sich die SPD durchsetzen, Kinderarmut darf nicht länger toleriert werden!

Ortsverein Rethwisch I

Heiko Winckel-Rienhoff - Ortsvereinsvorsitzender

Antrag an den a.o. Kreisparteitag am 27. April 2024

Keine Stimme für die AfD fürs Europa-Parlament

Antrag:

Der SPD- Kreisverband Stormarn fordert alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Stimme nur demokratischen und europafreundlichen Parteien zu geben – keine Stimme den Europafeinden von der AfD!

Begründung:

Die AfD hat in ihrem Wahlprogramm für die Europa-Wahl Forderungen beschlossen, die Deutschland, der Wirtschaft und den Menschen schaden:

- Rückkehr zu Nationalstaaten, da die „EU gescheitert“ sei
- Abschaffung des Euro
- Aufhebung aller Klimaschutzgesetze und des „Green Deal“
- Kohleverstromung (inkl. Braunkohle) erhalten, Wiederbelebung der Atomenergie
- Dauerhafter Erhalt des Verbrennungsmotors
- „Remigration“ von zugewanderten Arbeitskräften
- Delegitimierung des Europäischen Gerichtshofs
- Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl
- pauschale Kriminalisierung der Zuwander*innen
- Zerstörung des europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems
- Erschwerung der Abtreibung
- Abkehr von der inklusiven Beschulung behinderter Kinder
- keine europäische Zusammenarbeit in der Bildung
- Ablehnung einer Impfpflicht
- . . .

Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden von einem Erfolg der AfD nur Nachteile haben, deshalb : Keine Stimme für die AfD bei der Europa-Wahl!

1 **Antrag ASG Stormarn zum Asklepios Klinikum Bad Oldesloe**

2 **An die Landtagsfraktion der SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag.**

3 Wir fordern das Gesundheitsministerium und die Gesundheitsministerin Frau von der
4 Decken auf, den vorliegenden Antrag der Geschäftsführung der Asklepios Klinik Bad
5 Oldesloe auf Erteilung eines Sonderrechts zur Aufrechterhaltung der
6 Basisnotfallversorgung am Standort Bad Oldesloe, umgehend zu genehmigen.

7 Wir die SPD Stormarn setzen uns für den Erhalt der jetzigen Notfallversorgung in der
8 Asklepios Klinik Bad Oldesloe ein, weil damit im Nordkreis Stormarn eine erreichbare
9 Basisnotfallversorgung unserer Bürger in einem ländlich geprägten Gebiet sichergestellt
10 werden kann und sich die Fahrtzeiten des Rettungsdienstes in Stormarn für einfache
11 Notfälle nicht verlängert.

12 Gleichzeitig ebnet diese Ausnahmegenehmigung dem Krankenhaus den Weg zur
13 zukünftigen Einstufung der Klinik als Level 1n Haus (=Level 1 Krankenhaus mit
14 Basisnotfallversorgung), und damit die Möglichkeit die Vorhaltepauschale nach der
15 Reform der Krankenhausfinanzierung des Bundes zu erhalten und so den Standort
16 mittelfristig zu sichern.

17 Wir drängen auf eine schnelle Entscheidung, da die Verunsicherung der Bürger durch die
18 vielen widersprüchlichen Presseartikel seit November 2023 bereits enorm ist und die
19 Bürger jetzt endlich Klarheit brauchen, wie es am Standort Oldesloe weitergeht.

20 Die vom Betreiber vollzogene Schließung der Chirurgie verurteilen wir zwar
21 ausdrücklich, bei einem jährlichen Defizit von zuletzt 3 Millionen Euro pro Jahr ist ein
22 Weiterbetrieb der Chirurgie allerdings existenzbedrohend für den gesamten Standort.

23 Letztlich zeigt sich auch am Beispiel der Asklepios Klinik Oldesloe das die Privatisierung
24 der Krankenhäuser in der Vergangenheit und damit einhergehend die
25 Kommerzialisierung des Gesundheitswesens ein Weg in die Sackgasse war.

26 Seit der Privatisierung des Krankenhauses im Jahre 2002 sind diverse Fachabteilungen,
27 unter anderem auch die Geburtsstation, geschlossen worden und das Krankenhaus hat
28 immens an Reputation und Bedeutung verloren.

29 Eine Rekommunalisierung des Standortes ist durch den damit verbundenen enormen
30 Finanzbedarf und die aktuelle allgemeine Personalnot im Gesundheitswesen
31 augenblicklich weder für die Stadt Bad Oldesloe noch für den Kreis Stormarn leistbar,
32 bleibt langfristig aber eine Option, wenn sich die Rahmenbedingungen im
33 Gesundheitswesen ändern sollten.

34

35 ASG Stormarn

36 Elmenhorst den 27.03.24